

---

Egon Matzner

---

## Überlegungen über die Zukunft des Wohlfahrtsstaates

---

Prof. Dr. Egon Matzner, geb. 1938, ist z. Z. am Institut für Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik der TU Wien tätig und wird ab 1. Oktober 1984 Direktor des Internationalen Institutes für Management/Arbeitsmarktpolitik sein.

Es besteht kein Zweifel, daß die Idee des Wohlfahrtsstaates seit den siebziger Jahren in eine Krise geraten ist. Musterländer des Wohlfahrtsstaates sind nicht mehr in der Lage, Vollbeschäftigung, das bislang wohl wichtigste Ziel, zu sichern; allenthalben werden Sparprogramme verfolgt, die eine Beschränkung der öffentlichen Ausgaben beinhalten. Es gibt kaum ein OECD-Land, in dem nicht Engpässe die Finanzierung der Pensionen, der Gesundheits-, Schul- oder Verkehrseinrichtungen beeinträchtigen. Gleichzeitig bestehen beträchtliche Produktionskapazitäten und Arbeitslosigkeit. In der Zwischenzeit wächst die Zahl der Analysen der Gesellschaftskrise, die auch in der Krise des Wohlfahrtsstaates zum Ausdruck kommt.

Ich gehe von der These aus, daß die Krise des Wohlfahrtsstaates *nicht eine Krise der Ziele*, sondern eine *Krise der Methoden* ist, mit denen in den OECD-Gesellschaften diese Ziele verfolgt werden. Diese Krise der Methoden findet dabei ihren Niederschlag (ich folge dabei dem Pionieraufsatz Schumpeters über „Die Krise des Steuerstaates“) in Krisen der Finanzierung.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> J. A. Schumpeter. Die Krise des Steuerstaates. Graz 1918. Wiederveröffentlichung in: R. Hickel (Hrsg.). Rudolf Goldscheid/Joseph A. Schumpeter. Die Finanzkrise des Steuerstaates. Beiträge zur politischen Theorie der Staatsfinanzen. Frankfurt am Main 1976. Dieser Beitrag war für das Buch: E. Matzner. Der Wohlfahrtsstaat von morgen - Entwurf eines zeitgemäßen Musters staatlicher Interventionen. Frankfurt a. M. (Campus Verlag) 1982 wegleitend, das sich umfassend mit dem gestellten Thema beschäftigt.

## Keine Krise der Ziele, eine Krise der Methoden

Der Staat, der in den demokratischen Industrieländern in den letzten 100 Jahren entstanden ist, hat unter dem Druck vor allem der Sozialdemokratie sowie mit Unterstützung der Sozialkonservativen und der Sozialliberalen die Aufgabe übernommen, existentielle Sicherheit für die Alten und Kranken zu produzieren, die Voraussetzung für Vollbeschäftigung und ein hohes Niveau materiellen Wachstums herzustellen, Chancengleichheit bei der Ausbildung der Jungen zu schaffen und schließlich auch für die Bewahrung ökologisch zuträglicher Lebensbedingungen zu sorgen. Sieht man von dem Ziel der Sicherung eines hohen Wirtschaftswachstums ab, so haben alle anderen Aufgaben nach wie vor ihre Gültigkeit. Nur wer der Auffassung ist, daß in marktwirtschaftlich organisierten Ländern diese Ziele durch den Markt selbst realisiert werden - das ist die Illusion der Friedmanschen oder Hayekschen Ökonomie, oder wer einem Sozialdarwinismus huldigt, in dem die Sorge für die Schwächeren, die eine Konkurrenzgesellschaft laufend produziert, keinen Platz hat, kann deshalb glauben, daß diese Ziele aufgehört haben, eine politische Verpflichtung zu sein. Da „Laissez-faire“ nicht Harmonie und Wohlfahrt für alle bereitstellen kann und die Leidtragenden sich nicht durch eine sozialdarwinistische Ideologie trösten lassen werden, ist es mittelfristig auch nicht möglich, dieser politischen Verpflichtung zu entgehen.

## Zur Krise der Methoden: Der bisherige Weg führt in Sackgassen

Damit keine Mißverständnisse entstehen: Ich gehöre zu jenen, die, wie Dahrendorf in seinem Essayband über „Lebenschancen“ der Auffassung sind, daß der Wohlfahrtsstaat, „das Ergebnis des sozialdemokratischen Konsens, in gewisser Weise das Äußerste an Fortschritt ist, das die Geschichte bisher gesehen hat. Nie zuvor haben so viele Menschen so viele Lebenschancen gehabt. Das Resultat ist also durchaus verteidigungswert“.<sup>2</sup> Wenn ich mich nun der Kritik des Wohlfahrtsstaates zuwende, dann geschieht dies aus einer Haltung heraus, die für eine Änderung eintritt, die zu den Zielen des Wohlfahrtsstaates loyal ist, ja diese durch Reformen der Methoden bewahren will. Ich fühle mich dabei in den besten sozialdemokratischen Denktraditionen stehend: Myrdal<sup>3</sup> hat bereits 1958 ein Buch zum Thema „Beyond the Welfare State“ veröffentlicht, das eine kritische Würdigung und eine mutige und in vielen Punkten überraschend treffsichere Vision der möglichen Entwicklungslinien des Wohlfahrtsstaates enthält. In Österreich hat die SPÖ 1978 ein neues Programm beschlossen, in dem die Errichtung des Wohlfahrtsstaates als ein Etappenziel bezeichnet wird, bei dem die Entwicklung nicht stehenbleiben kann.

---

<sup>2</sup> R. Dahrendorf. Lebenschancen. Frankfurt am Main 1979. S. 150

<sup>3</sup> G. Myrdal. Beyond the Welfare State. London 1958.

In der Tat gab das in den vergangenen 50 Jahren errichtete Gebäude des Wohlfahrtsstaates Antworten auf jene Probleme der Gesellschaft, die die Menschen bedrückt haben. Diese Antworten sind nicht ewig, sie sind nur historisch gültig. Durch diese Antworten sind bestimmte Probleme bewältigt worden. So weit sie weiter bestehen, sind sie z. T. gegenüber den alten Antworten resistent geworden. Gleichzeitig haben die alten Antworten neue Probleme entstehen lassen. Es besteht deshalb ein guter Grund zu der Annahme, daß die Weiterverfolgung oder Intensivierung des alten Weges nicht mehr in jenem Maße zur Problembewältigung beitragen wird wie in der Vergangenheit und daß das Verhältnis von Kosten der Methode zum erreichten Erfolg abnehmen und in manchen Bereichen auch negativ werden kann.

Es heißt nicht, die Idee des Wohlfahrtsstaates zu desavouieren, wenn vorgeschlagen wird, den bisherigen Weg nicht weiter zu intensivieren, sondern durch neue Wege zu ergänzen. Denn die durch den alten Weg erreichten Fortschritte schaffen neue Probleme, die sich mit den alten Mitteln nicht bewältigen lassen. Beispiele für diese These lassen sich zahlreich finden:

*Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung:* Bisher haben ein hohes Nachfrageniveau und die Stimulierung der privaten Investitionen genügend Produktionszuwachs und Arbeitsplätze geschaffen. In manchen Ländern wie z. B. Schweden, war diese Politik so erfolgreich, daß die Löhne, wohlgedeckt durch die gestiegene Arbeitsproduktivität, zu den höchsten der Welt wurden. Damit sind aber folgende Konsequenzen verbunden: *Erstens* steigt der Anreiz, aus Gründen der Lohnkostenvorteile in peripheren Ländern zu investieren; tatsächlich ist dies seit Ende der sechziger Jahre in Schweden in hohem Maße der Fall gewesen. Andere Gründe wie das Übersteigen von Handelshindernissen und andere Vorteile der Transnationalität haben dazu beigetragen. Aber dem Erfolg des hohen Lohnniveaus steht eindeutig der Nachteil der abnehmenden Attraktivität der Investition gegenüber. Daraus folgt *zweitens* eine Abnahme des Produktionszuwachses. Bei langsamerer Expansion von Investitionen und Produktion verlieren aber steuerliche Investitionsbegünstigungen an Wirkung. Schon 1945 hat Kalecki<sup>4</sup> nachgewiesen, daß eine konstante Anreizwirkung nur durch ständigen Ausbau der steuerlichen Begünstigung erzielbar ist. Schließlich läßt sich auch nachweisen, daß die Wirksamkeit der aktiven Arbeitsmarktpolitik abnimmt. Mit einem Prozent des Bruttosozialproduktes, getätigt als beschäftigungssichernde Ausgabe der aktiven Arbeitsmarktpolitik, konnten zwischen 1974 und 1978 in Österreich 3,4 bis 4,3 Prozent, in der Bundesrepublik Deutschland 2,3 bis 2,7 Prozent und in Schweden 1,3 bis 2,5 Prozent des Arbeitskräftepotentials beschäftigt werden. Die abnehmende Wirkung hängt

---

4 M. Kalecki. Full Employment by Stimulating Private Investment? in: Oxford Economic Papers, No. 7. March 1945.

damit zusammen, daß in Schweden mehr als ein Prozent des Bruttosozialproduktes, in der Bundesrepublik etwas weniger und in Österreich weit weniger als ein Prozent für aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben werden.<sup>5</sup>

*Betriebsansiedlungsanreize:* Höhere Kapitalzuschüsse bei Betriebsansiedlung erhöhen die Ansiedlungsbereitschaft und, da das private Kapital rascher amortisiert wird, auch die Absiedlungswahrscheinlichkeit.

*Schutz vor Kriminalität:* Mehr Polizei bedeutet nicht im gleichen Maße mehr Verbrechensaufklärung oder Rückgang der Kriminalität.<sup>6</sup>

*Schulbildung:* Eine Verlängerung der Schulzeit verschafft nicht in jedem Fall mehr Bildung: In den USA nimmt der Analphabetismus wieder zu.

*Akademikerausbildung:* Eine Ausweitung der akademischen Ausbildung ermöglicht es angesichts knapper Positionen nicht allen Jungakademikern, geeignete Posten zu finden.

*Gesundheitssicherung:* Mehr Medikamente und medizinische Betreuung bedeuten nicht gleichzeitig mehr Gesundheit. Gerade die Medizin zeigt deutlich, daß die Intensivierung des Drogengebrauches nicht nur abhängig, sondern auch krank machen kann.

*Mobilität:* Mehr und schnellere Autos führen nicht unbedingt zu kürzerer Wegzeit.

*Tourismus:* Durch jeden zusätzlichen Touristen wird das Bedürfnis, ursprüngliche Verhältnisse erleben zu können, schwerer zu erfüllen.

*Produktion materieller Sicherheit:* Das Anwachsen des Staatsanteils hat in den 70er Jahren in einigen Ländern, z. B. in Schweden, nur mehr abnehmend materielle Sicherheit zu erzeugen vermocht.

*Umverteilung von Einkommen:* Je größer der Anteil der Transfereinkommensbezieher in einer Population ist, desto geringer wird die Umverteilungswirkung.

---

5 J. Johannesson, G. Schmid. The Development of Labour Market Policy in Sweden and in Germany: Competing or Convergent Models to Combat Unemployment? in: discussion paper series of the International Institute of Management. HM dp/79-6. 1979 S. 13; J. Wösendorfer. Beurteilungskriterien für das Arbeitsmarktförderungsgesetz. Untersuchung der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Linz 1981.

6 M. Jännicke, Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert. Düsseldorf 1979.

*Etatistische Versorgung:* Je mehr sich die Menschen gewöhnen, daß für die Bewältigung ihrer Probleme staatliche oder kommunale Einrichtungen zuständig sind, desto mehr werden sie von dieser Versorgung abhängig.

Diese Tendenzen legen es nahe, die bisherige Form staatlicher Interventionen in der Zukunft nicht mehr unverändert fortzusetzen. Vielmehr ist jeweils zu prüfen, ob die bisherige Interventionsform noch produktiv ist oder ob sie nicht durch andere Formen ersetzt werden kann. Myrdal<sup>7</sup> war einer der ersten, der andeutete, worin die „Nächste Phase“ des Wohlfahrtsstaates bestehen könnte. Wörtlich heißt es bei ihm: „Ich kann nicht glauben, daß die Menschen, wenn sie mündig geworden sind, ihren Wohlfahrtsstaat als jene graue bürokratische, streng zentralisierte institutionelle Maschinerie, die durch geschickte und mächtige private Gruppen und Interessen bestimmt ist, belassen werden. Dazu ist der Wohlfahrtsstaat aber verurteilt, wenn er nicht durch eine stärkere Bürgerbeteiligung auf immer höherem Niveau belebt wird.“ Die „Nächste Phase“ des Wachstums und der Vollendung des Wohlfahrtsstaates sollte deshalb nach Myrdal eine allmähliche Verringerung der direkten Staatsintervention bringen, an deren Stelle die Bürger aktiviert werden sollen, ihre eigenen Interessen innerhalb allgemeiner, durch den demokratischen Staat festgelegter Regeln, zu besorgen.

Myrdals Vision für die Phase „Beyond the Welfare State“ deutet jenen Bereich gesellschaftlichen Lebens an, der weder durch Markt noch durch den Staat voll befriedigt werden kann und der in den siebziger Jahren als „dritter vergessener Sektor“<sup>8</sup>, zivile Gesellschaft<sup>9</sup> oder autonomer Sektor<sup>10</sup> bezeichnet worden ist. Myrdals Vision kann durchaus für sich allein bestehen. Der normative Eigenwert dieser konkreten Utopie reicht jedoch nicht aus, um Realität zu werden. Damit Tendenzen in dieser Richtung sich entfalten und reproduzieren können, ist es notwendig, daß sie sich auf nachhaltig wirksame Kräfte stützen können. In der Tat läßt sich nachweisen, daß dem Marktsektor und dem Staatssektor systematisches Fehlverhalten eigen ist, das einen Bereich gesellschaftlichen Lebens produziert, der nicht marktwirtschaftlichen oder staatlichen Organisationsprinzipien unterliegt.

### Markt- und Staatsversagen erzeugt autonomen Sektor

Zwei Merkmale des Staats- und des Marktsektors sind die Ursache, weswegen diese menschlichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse nur mangelhaft befriedigen können:

7 Myrdal. a.a.O.. S. 40

8 B. A. Weisbrod. *The Voluntary Nonprofit Sector. An Economic Analysis*, Lexington — Toronto 1977.

9 P. Rosanvallon/P. Viveret. *Pour une nouvelle culture de la politique*. Paris 1977.

10 E. Matzner. Zur Entwicklung des autonomen Sektors, in: *Der Wohlfahrtsstaat von morgen*, a.a.O., Kapitel 2.5

Erstens sind die *Uniformierung und Zentralisierung unaufhebbare* Erscheinungen des bürgerlichen Staates und der industriellen Technologie, aber auch des Marktsektors. Der Grundsatz der Rechtsgleichheit bedingt die Uniformierung im Staatssektor; Zentralisierung ist ihr Gegenstück. Der Grundsatz der Uniformität ist die Voraussetzung der Massenproduktion, die sich gemäß privatem Rentabilitätskalkül über weite Strecken als kostengünstig herausstellt. Es kann gar nicht daran gerüttelt werden, daß durch Zentralisierung und Uniformierung eine enorme Steigerung der Wertschöpfung und damit über lange Zeit auch eine Zunahme der Wertschätzung verbunden war und ist. Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß diesem Gewinn an Wertschöpfung Verluste gegenüberstehen. Es kommt dabei zu einer Nichtberücksichtigung vielfältiger, heterogener Bedürfnisse im Staatssektor und, wenn die Marktgröße zu einer profitablen Produktion nicht ausreicht, auch im Marktsektor.

Zweitens können wir im Markt- wie im Staatssektor die Wirksamkeit der „Kostenkrankheit“ konstatieren. Diese betrifft an die Person gebundene und deshalb nicht rationalisierbare Leistungen. Der Anstieg der Kosten des Arbeitseinsatzes, der von dem zentralisiert-uniformierten Marktsektor bestimmt wird, in dem ständig Arbeitsstunden durch Mechanisierung oder Computerisierung ersetzt werden, hat für das Angebot personengebundener Leistungen fatale Wirkungen. Um Arbeitskräfte zu gewinnen oder zu halten, müssen die Löhne etwa im Gleichschritt erhöht werden, ohne daß sie durch eine äquivalente Zunahme der Arbeitsproduktivität gedeckt wären. Daraus folgen entweder ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf, die quantitative oder qualitative Reduktion des Angebotes oder, wenn beides von den Konsumenten oder Bürgern nicht akzeptiert wird, das Verschwinden der personengebundenen Leistung aus der Angebotspalette des Markt- oder Staatssektors.

Die systematische Unfähigkeit des Markt- und Staatssektors, bestimmte individuelle und gesellschaftliche Bedürfnisse berücksichtigen zu können, erzeugt den Bedarf nach alternativen Formen der Befriedigung. Sie umfassen das, was man den informellen oder autonomen Sektor nennt und zu dem viele Tätigkeiten von Do-it-yourself über selbstorganisierte kooperative Aufgabenerfüllung<sup>12</sup> bis zu illegalen Tätigkeiten wie die Schwarzarbeit, gehören. Man kann sich natürlich über Schwarzarbeit moralisch entrüsten. Das enthebt aber den Sozialwissenschaftler nicht von der Aufgabe, festzustellen, daß diese Tätigkeit mit steigender Steuerbelastung und steigender Arbeitsproduktivität im rationalisierbaren Sektor der Wirtschaft zunehmend attraktiv wird: Warum

---

11 W. J. Baumol, *Macroeconomics of Unbalanced Growth: The Anatomy of Urban Crisis*, in: *The American Economic Review*, Vol. 57, 1967; W. J. Baumol/W. E. Oates, *The Theory of Environmental Policy. Externalities, public outlays and the quality of life*. Englewood Cliffs, New Jersey 1975.

12 C. Badelt, *Sozialökonomie der Selbstorganisation*. Frankfurt am Main 1980.

sollte jemand aus Eigeninteresse bereit sein, eine Stunde mehr zu arbeiten, wenn er die Hälfte oder mehr des Lohnes als Steuer abzugeben hat, wenn er in der selben Zeit seinen Bedarf unbürokratisch und besser selbst organisieren kann? Da diese Kräfte nach wie vor in steigendem Maße wirksam sind, erhält der Bedarf nach Leistungen, die der autonome Sektor decken kann, ständig neue Nahrung.

### Konturen einer neuer Theorie staatlicher Interventionen

Schon immer hat der Staat die Funktion gehabt, die Reproduktion der Gesellschaft zu ermöglichen. Die Aufgabe staatlicher Intervention war und ist es, jene Probleme zu bewältigen, die die Reproduktion der Gesellschaft gefährden. Der Wohlfahrtsstaat ergibt das Arsenal jener staatlichen Interventionen, die die Reproduktion der Gesellschaft während der Dekaden dieses Jahrhunderts ermöglichten - mit den bekannten katastrophalen Unterbrechungen.

### Der neue Problemrahmen

Vieles spricht dafür, daß die Probleme, die in den verbleibenden Dekaden dieses Jahrhunderts zu bewältigen sind, nicht mit jenen identisch sind, die bisher zu bewältigen waren. Noch weniger spricht dafür, daß die alten und neuen Probleme, die zu bewältigen sind, ausschließlich mit den alten Methoden zu bewältigen sind. Deshalb ist es wichtig, die *neue Problemlage* zu erkennen und das *neue Interventionsmuster* zu entwickeln, wenn nicht durch „Laisser-faire“ großes Leid für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung akzeptiert werden soll.

Zu der neuen Problemlage gehören mindestens vier Einflußfaktoren. Es sind dies:

- *physiologische Grenzen* auf Grund von Sättigungstendenzen bei der gegebenen Einkommensverteilung bei Produkten, die in der Vergangenheit wichtige Schrittmacher des ökonomischen Wachstums bildeten. Beispiele hierfür sind: agrarische Produkte, in den reichen Ländern Pkw, Fernsehgeräte u.a.;
- *ökologische Grenzen*, z.B. bei dem Ausbau von touristischen Regionen, der Intensivierung bereits entwickelter Industriegebiete oder bei der Expansion der Energieumwandlung auf Grundlage terrestrischer Ressourcen;
- *die Emigration von Kapital*, insbesondere neuem, von Hoch- zu Niedriglohnländern;
- die neue Welle *technologischer Innovation*, die durch den Übergang zu Mikroprozessoren und Robotern gekennzeichnet ist und durch den es zu einem außerordentlichen Schub der Arbeitsproduktivität und damit zur Freisetzung von Arbeitskräften kommt.

Die *physiologischen, ökologischen, ökonomischen und technologischen* Grenzen führen auch dazu, daß sie eine Fortsetzung des alten Entwicklungspfadens, ein Mehr an Schäden als an Nutzen stiften können. Daraus ergeben sich *politische* Grenzen des Wachstums, die vor allem durch die Alternativbewegung, also den verschiedenen ökologischen, feministischen, politischen Initiativen außerhalb der traditionellen Parteien gesetzt werden und die diese nur unter Gefährdung ihrer eigenen Existenzgrundlage ignorieren können.

### Differenzierte Entwicklung als Ausweg

Aus all diesen Gründen ergibt es sich, daß das bisherige Entwicklungsmuster der *generellen Expansion* nicht mehr länger produktiv ist. Das neue Muster, das sich zunehmend als wünschenswert erweist und das einen Ausweg aus den Begrenzungen der generellen Expansion darstellt, ist das der *differenzierten* gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung.<sup>13</sup>

In diesem Entwicklungsmuster sollen *erstens* bestimmte Bereiche weiter expandieren. Denn noch immer gibt es, auch in den reichen Ländern, Produkte und Leistungen sowie Regionen, die noch nicht an Grenzen gestoßen sind, an oder in denen es noch immer Mangel gibt. *Zweitens* sollte es in bestimmten Bereichen und in bestimmten Regionen eine Stabilisierung geben. Beispiele wären knappe fossile Rohstoffe und Energieträger. Der Marktmechanismus allein ist dazu nicht in der Lage, weil es zu einer Überentwicklung und irreparablen Schäden kommen kann, gerade weil die Preise stimmen (Beispiele hierfür wären der Raubbau an Wäldern, die Vernichtung von Tierrassen usw.). Und *drittens* sollte es einen Bereich geben, in dem ein planmäßiger Rückgang der Expansion anzustreben wäre. Dies ist der Bereich *destruktiver* ziviler, vor allem aber militärischer Produkte.

Dieses Muster der differenzierten Entwicklung ist sehr schwer zu realisieren, weil es nicht dekretiert werden kann. Vielmehr setzt es eine Reform der Verhältnisse in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft voraus, in denen die Individuen ihre Entscheidungen treffen. In dem vorgeschlagenen Muster der differenzierten Entwicklung kommt der Produktion durch den Markt weiterhin eine dominierende Rolle bei der Bereitstellung von Gütern und Leistungen zu. Der Staat und die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen müssen weiterhin das Netz der materiellen Basisversorgung sicherstellen, das durch Nächstenliebe, Philantropie und Solidarität nicht fortdauernd sicherzustellen ist. Hingegen ist die Vorstellung aufzugeben, daß dies Markt und Staat, insbesondere bei fortgesetztem Produktivitätsfortschritt und weiterer Arbeitszeitverkürzung für die

---

13 E. Matzner, *Der Wohlfahrtsstaat von morgen*, a.a.O., S. 221-238, S. 354-360.



gesamte Breite der menschlichen Bedürfnisse leisten können. Dies kann nur durch die Entwicklung des autonomen Sektors, durch die Rekonstruktion der zivilen Gesellschaft geschehen, in deren Schoß eine Vielfalt von vor allem personenintensiven Bedürfnissen befriedigt werden sollten. Dazu gehören insbesondere jene, die sich aus Gründen der Produktionstechnologie und der Unmöglichkeit, sie zentral zu erfassen, generell immer weniger durch staatliche oder marktwirtschaftliche Organisationsformen allein befriedigen lassen. Der sich entwickelnde neue, lange Zeit von Wissenschaft und Politik gleichermaßen vergessene *autonome* Sektor braucht jedoch zu seiner Entfaltung Bedachtnahme und Kooperation von Seiten des Staates, der Länder, der Gemeinden und der sozialstaatlichen Einrichtungen.

Eine Reformperspektive, die nicht die Ziele des Wohlfahrtsstaates, wohl aber seine Methoden, d.h. seine gegenwärtigen Organisationsformen in Frage stellt, stellt eine Aufgabe für Wissenschaft und Politik dar, die noch weitgehend zu leisten ist. Für die wissenschaftliche Vorbereitung dieses Reformprogramms gibt es zumindest erste Ansätze in Form der Funktionsanalyse des Staates und der Staatsaufgaben.<sup>14</sup> Die politische Aufgabe der Reorganisation staatlicher Aufgabenerfüllung wird um so dringlicher, je stärker Finanzkrisen die Fruchtbarkeit der gegenwärtigen Form in Frage stellen. Es handelt sich dabei um eine gemeinsame Herausforderung an Politik und Wissenschaft, der beide nur entsprechen werden, wenn sie auf simple Irrwege, wie es die Ausgabenkürzungsprogramme sind, die von der Ausgabenverursachung abstrahieren, vermieden werden.

---

14 E. Matzner. a.a.O.. S. 45 f.